

Stand: 09.02.2026 04:33:48

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/15125

"Staatliche Nachlassimmobilien - Eigentum verpflichtet I: Kommunikation verbessern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/15125 vom 25.01.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/16193 des HA vom 21.02.2017
3. Beschluss des Plenums 17/16391 vom 06.04.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 101 vom 06.04.2017



Antrag

der Abgeordneten **Klaus Adelt, Inge Aures, Kathi Petersen, Susann Biedefeld, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos SPD**

Staatliche Nachlassimmobilien – Eigenamt verpflichtet I: Kommunikation verbessern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Kommunen darüber informiert werden, wenn eine in ihrer Stadt oder Gemeinde befindliche Nachlassimmobilie in den staatlichen Besitz wechselt, weil kein Erbe ermittelt werden konnte oder die Erbschaft ausgeschlagen wurde.

Darüber hinaus muss die Staatsregierung gewährleisten, dass die jeweiligen Kommunen vom Staatsbetrieb „Immobilien Freistaat Bayern“ vorab in Kenntnis gesetzt werden, wenn der Verkauf resp. die Versteigerung einer staatlichen Nachlassimmobilie bevorsteht.

Begründung:

In den letzten zehn Jahren kam der Freistaat Bayern in den Besitz von über 5.600 Nachlassimmobilien, weil die Erbschaft ausgeschlagen wurde oder die Erben nicht ermittelt werden konnten. Die regionale Verteilung der oftmals verwaisten Häuser ist dabei ein wichtiger Indikator dafür, wie es um die gleichwertigen Lebensverhältnisse in Bayern bestellt ist. Demnach liegen 53 Prozent der in den letzten zehn Jahren an

den Freistaat gegangenen Nachlassimmobilien in Unter- und Oberfranken, obwohl beide Regierungsbezirke nur 18,3 Prozent der bayerischen Gesamtbevölkerung stellen. Dem gegenüber befinden sich lediglich 8 Prozent der verwaisten Häuser in Oberbayern, dem bevölkerungsreichsten Regierungsbezirk mit einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von immerhin 35,6 Prozent.

In vielen Fällen sind diese Immobilien in einem schlechten baulichen Zustand. Das erschwert einerseits ihren Verkauf, andererseits ziehen solche Häuser auch das Wohnumfeld in Mitleidenschaft und schmälern deren Attraktivität. Den betroffenen Kommunen sind dabei häufig die Hände gebunden.

Oftmals werden die Kommunen darüber hinaus nur unzureichend oder gar nicht über diese Häuser und etwaige angesetzte Verkaufsabsichten und insbesondere Zwangsversteigerungen informiert. Gerade bei Versteigerungen wäre dies aber wichtig, weil Städte und Gemeinden kein Vorkaufsrecht beanspruchen können. Auf diese Weise wird den Kommunen unnötigerweise die Möglichkeit genommen, ihren Handlungsspielraum zu nutzen und entsprechende Immobilien zu ersteigern, um diese im Sinne der Stadtentwicklung umzutunzen oder abreißen zu können. Die Kommunikation zwischen dem hierfür zuständigen Staatsbetrieb „Immobilien Freistaat Bayern“ und den jeweiligen Kommunen muss deutlich verbessert werden.

Die Staatsregierung soll den Staatsbetrieb „Immobilien Freistaat Bayern“ deshalb dazu verpflichten, in Zukunft die betroffenen Kommunen immer darüber zu informieren, wenn eine Immobilie in der jeweiligen Stadt oder Gemeinde in ihren Besitz wechselt, vor allem ist aber die betroffene Kommune vorab und unverzüglich darüber in Kenntnis zu setzen, wenn die Versteigerung einer solchen Immobilie ansteht.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Kathi Petersen
u.a. SPD
Drs. 17/15125**

**Staatliche Nachlassimmobilien - Eigentum verpflichtet I: Kom-
munikation verbessern**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Klaus Adelt**
Mitberichterstatter: **Hans Herold**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 143. Sitzung am 21. Februar 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Klaus Adelt, Inge Aures, Kathi Petersen, Susann Biedefeld, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos SPD**

Drs. 17/15125, 17/16193

**Staatliche Nachlassimmobilien – Eigentum verpflichtet I:
Kommunikation verbessern**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe also den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftssordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner Sitzung am Dienstag das unter Nummer 1 aufgeführte öffentliche Konsultationsverfahren zu einer multilateralen Form der Beilegung von Investitionsstreitigkeiten abschließend beraten und empfohlen hat, die auf Drucksache 17/16301 ausgedruckte Stellungnahme abzugeben. Ergänzend schlägt er vor, in den Beschluss den Satz "Die Stellungnahme wird unmittelbar an die Europäische Kommission übermittelt" aufzunehmen. Die Beschlussempfehlung und das Abstimmungsverhalten der Fraktionen sind in der aufgelegten Liste aufgeführt.

Wir kommen zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Auch nicht. Dann übernimmt der Landtag die Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Europaangelegenheit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union Handel:
Öffentliche Konsultation zu einer multilateralen Reform der Beilegung von Investitionsstreitigkeiten
21.12.2016 – 15.03.2017
Drs. 17/15685, 17/16301 (G) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:

Abweichendes Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Büssinger, Stefan Schuster, Arif Taşdelen u.a. SPD
Verantwortung des Freistaates bei Erhalt und Erinnerungskonzept von Zeppelintribüne und Zeppelinfeld
Drs. 17/14535, 17/16062 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bürgerschaftliches Engagement an Schulen fördern I –
Landesweite Koordinierungsstelle für die Umsetzung der Lehr- und
Lernmethode des Service Learning/Lernen durch Engagement
an Schulen auf den Weg bringen
Drs. 17/14701, 17/16083 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bürgerschaftliches Engagement an Schulen fördern II –
Qualitätsstandards des Service Learning/Lernen durch Engagement sichern
Drs. 17/14702, 17/16084 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Kathi Petersen u.a. SPD
Staatliche Nachlassimmobilien – Eigentum verpflichtet I:
Kommunikation verbessern
Drs. 17/15125, 17/16193 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

6. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Kathi Petersen u.a. SPD
Staatliche Nachlassimmobilien – Eigentum verpflichtet II:
Kommunalen Handlungsspielraum erweitern
Drs. 17/15126, 17/16194 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Kathi Petersen u.a. SPD
Staatliche Nachlassimmobilien – Eigentum verpflichtet III:
Ursachen auf den Grund gehen
Drs. 17/15127, 17/16196 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verlagerung der Autobahndirektion Südbayern nach Deggendorf
sinnvoll gestalten
Drs. 17/15132, 17/16190 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsnachweisen auch für Arbeitsplatzbewerber und -bewerberinnen ermöglichen
Drs. 17/15133, 17/16085 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bahnausbau nach Prag
Drs. 17/15198, 17/16191 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Finanzierung des Mittelstands weiter ermöglichen – Finanzmarktregelung für kleine und regionale Banken anpassen
Drs. 17/15378, 17/16197 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kein Abriss von Gundremmingen Block B unter einem beladenen Brennelemente-Becken und bei Weiterbetrieb von Block C
Drs. 17/15379, 17/16186 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayern barrierefrei: Mehr Sicherheit für Menschen mit Behinderungen durch Markierungen von Anhaltepunkten auf den Bahnsteigen des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs
Drs. 17/15520, 17/16192 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Reduzierung der Feinstaub- und Stickoxidbelastung in Bayern
Drs. 17/15523, 17/16188 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Norbert Dünkel u.a. und Fraktion (CSU)
Erkenntnisse aus der gemeinsamen Übung von Polizei und Bundeswehr
Drs. 17/15812, 17/16151 (G)

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Votum des mitberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
Gemeinsame Terrorismusabwehr-Exercise (GETEX)
Drs. 17/15841, 17/16149 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine schleichende Militarisierung der Innenpolitik
Drs. 17/15842, 17/16145 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport
hinsichtlich Nr. 1 des Antrags

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport
hinsichtlich Nr. 2 des Antrags

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Ausspähungsversuche durch die türkische Regierung in Bayern
Drs. 17/15643, 17/16150 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Expertenanhörung zum Sitzzuteilungsverfahren d'Hondt
bei Kommunalwahlen im Freistaat
Drs. 17/15943, 17/16126 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Die CSU-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“
zugrunde zu legen**

**Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“
zugrunde zu legen**

20. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures u.a. SPD
Regelmäßige Information des Ausschusses über Auslandsreisen der
Europaministerin
Drs. 17/15824, 17/16177

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

der den Antrag für erledigt erklärt hat.